

Erstklassig
nachst mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
monatlich 50 Pfennig fort
hin, durch den Postweg
bezogen vierstellig
1,00 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsblatt),
monatlich 10 Pfennig.

Verantwortl. Redakteur:
Schriftleitung: Nr. 888.
Verlagsstelle: Nr. 1047.



Empfehlung
wünscht die die Gesellschaft
Kaufmannschaft ab. wenn man
in
die monatliche Ausgabe
10 Pfennig,
Kaufmannschaft ab. wenn man
die Seite 75 Pfennig.

Abzug
für die fünf Nummern
wünscht die Gesellschaft
ab. wenn man die Seite
in der Gesellschaft angegeben
ist.

Empfehlung
in die
Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Geschäftsstelle: Post 42/3. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Schriftleitung: Post 42/43. Sprechstunde werktags 4-12-1/2-1 Uhr mittags.

Opium und Krieg.

Aus London wird und geschrieben: Zwischen England und China ist ein offener Konflikt wegen der Opiumfrage ausgebrochen, der erste Weltkriege nach sich ziehen droht. Die Sache hat eine lange Vorgeschichte. In der schmachvollen Geschichte des englischen Imperialismus gibt es kein schmerzlicheres Kapitel als seine Beziehungen zu China. Bei denen die Opiumfrage bis in die neueste Zeit hinein die Hauptrolle spielte. Ueber die Folgen des Opiumrauchs gibt es in der ärztlichen Wissenschaft keine Meinungsverschiedenheiten. Es gerüttelt das Nervensystem, lähmt die Willenskraft, untergräbt die geistigen Fähigkeiten und zerrüttert den stützenden Halt des mit dem Laster Befallenen. Wer ihm einmal verfallen ist, kann ihm nicht widerstehen; er wird, wie ein fackelnder Engländer schrieb, seinen Frau verlassen, seine Kinder dem Hunger preisgeben, seinen alten Eltern das Hemd vom Leib wegnehmen, um seine Leidenschaft zu befriedigen.

Es ist das Unglück Chinas, daß sich dieses Laster in weite Kreise seines Volkes eingestreut hat. Aufgewaltete Männer in China haben schon seit Jahrzehnten die größten Anstrengungen gemacht, um dieses Laster, das die ganze Volkskraft zu zerstören droht, mit Stumpf und Eisen auszuwischen. Schon während des alten Regimes waren eine ganze Anzahl Gelehrte und kaiserliche Beamte gegen die Produktion, den Verkauf und den Genuß des Opiums erlassen worden, aber sie blieben meist unausgeführt. Es war die erste Aufgabe des konstitutionellen Regimes, eine strengere Durchführung dieser Gesetze und neue Maßnahmen gegen den Opiumgenuß zu beschließen.

Der wirksamste Bekämpfung des Lasteres steht aber eine unüberwindliche Schwierigkeit im Wege, und das ist die vielbesprochene europäische Kulturmission. China ist nämlich vertragsmäßig verpflichtet, britischen Firmen den Ergrös-Verkauf des Opiums in China zu gestatten. England hat gegen China zwei langwierige und blutige Kriege geführt — die von 1839—42 und 1856—58 —, um den Chinesen die heilige Dreieinigkeits von Christentum, Kattum und Opium aufzugeben. Ueber diese Kriege sagte kein Veringerer als Gladstone: „Ich kenne keinen Krieg und ich habe auch nie von einem gesehen, dessen Ueberzeugung oder dessen Verlauf besser geeignet wäre, England zu Schmach zu bedecken. . . . Ich gittere vor dem Urteilsspruch Gottes über unsere nationale Wisset gegen China.“

Aber noch frage England danach? Die Kriege brachten ihm den Vertrag von Kanton von 1842 ein, der dem Vertrag von Nankin von 1856 modifiziert wurde. Diese Verträge zwingen China nicht nur, sein Volk dem englischen Opium preiszugeben, sondern begreifen den zulässigen Einfuhrzoll auf 8 bis 6 Prozent nach dem Marktpreise des Opiums.

Der Grund, warum England selbst diese schmachvollen Kriege nicht geführt hat, um auf die Bitter Chinas dieses Gift loszulassen, dessen einfacher Genuß in Japan, Australien, Amerika, Kanada usw. mit den drastischsten Strafen befolgt wird, liegt darin, daß Indien das wichtigste Ausfuhrland des Opiums ist, und daß der Export desselben eine wichtige Einkommensquelle des Indiens ist. In Indien ist das Gift heilig und einigen reichen indischen Kaufleuten große Reichtümer abwirft.

In Indien steht der Anbau des Opiums unter der strengen Aufsicht der Regierung, die den Pflanzern jährliche Konzessionen erteilt. Nach der Ernte kauft die Regierung den gesamten Mohnjah auf einem von ihr selbst festgesetzten und sehr niedrigen Preise an und verarbeitet ihn in der Regierungsoptiumfabrik zu Opium. Das fertige Opium wird dann auf monatlichen Auktionen in Kalkutta an die Exporteure verkauft. Die Pflanzern verdienen fast gar nichts und sind nur damit zum Anbau des Opiums zu bewegen, daß die Regierung ihnen den Preis der Ernte vorbestimmt. Um so bessere Geschäfte machen die Exporteure.

Der indische Staat stützt sich auf den Exporterlösen auf Opium bei 1907 durchschnittlich fast 34 Millionen Pfund Sterling (700 Millionen Mark) im Jahre heraus. Im Jahre 1907 wurde endlich ein Schritt unternommen, diesem schmachlichen Versteher Einhalt zu tun. Die englische Regierung schloß ein Abkommen mit China ab, worin sich England verpflichtete, den Opiumexport von Indien nach China jedes Jahr um ein Drittel einzuschränken, so daß in zehn Jahren, nämlich mit dem Jahr 1916, der ganze Export aufgehört würde. Gleichzeitig verpflichtete sich die chinesische Regierung zu der ungelieblichen Aufgabe, die Produktion des Reiches in ähnlicher Weise einzuschränken, bis sie im Jahre 1918 gleichzeitig mit der Einfuhr aus Indien gänzlich aufhöre. Die chinesische Regierung machte sich sofort ans Werk und setzte trotz der enormen Schwierigkeiten und nur dank der Anwendung scharfster Mittel die Einschränkung der Opiumproduktion mit taunendvermehrt Erfolge durch, so daß sie in einigen der wichtigsten Provinzen schon nach zwei bis drei Jahren völlig aufgehört.

Das Abkommen hatte eine Folge, die leicht vorzusehen war. Bei einem System, das das Angebot eines beliebigen Bedarfsartikels planmäßig von Jahr zu Jahr einschränkte, mußte nämlich der Preis der englischen Opiumproduktion in

Kalkutta und den chinesischen Einfuhrplätzen blühen. Der Preis des Opiums stieg in phänomenaler Weise. Er betrug pro Kiste im Jahre

1907	924 Reichs
1908	1105
1909	1442
1910	2400
1911	8750

Das hatte zunächst die Folge, daß die indischen Staatskassens durch den Opiumexport enorm stiegen. Die indische Regierung hatte berechnet, aus den Exporterlösen in dem ganzen Zeitraum der zehn Jahre insgesamt 11 200 000 Pfund Sterling einzunehmen. Aber infolge der Preissteigerungen werden sich die Einkünfte schon am Schluß des gegenwärtigen Finanzjahres auf 20 1/2 Millionen Pfund Sterling belaufen.

Gestützt auf diese Zahlen und auf die erstaunliche Einschränkung der Opiumproduktion in China verlangte die chinesische Regierung eine Revision des Vertrags von 1907, die in 1911 zustande kam. Danach kann eine Provinz, die ihre Opiumproduktion oder ihren Opiumkonsum gänzlich eingestellt hat, auch die Einfuhr britischen Opiums völlig verhindern. Ferner erhielt China das Recht, die Opiumfrage betragsmäßig zu erhöhen und den Detailhandel und den Konsum, im Unterschied zum Großhandel nach Belieben zu erschweren.

Die Begleitumstände der chinesischen Revolution trieben den Konflikt auf die Spitze. Die Zentralregierung konnte ihre Autorität in den entferntesten Provinzen nicht so frühzeitig behaupten und namentlich in der Provinz Hunan begann die Opiumproduktion wieder zuzunehmen. Die Verhinderung war freilich fast unwiderstehlich bei den tüftelnden hinaufgetriebenen Preisen und angezogen der Riesenerlöse, die die englischen Importeure dank der chinesischen Produktionsbeschränkung einfanden. Aber der Rückfall ist von den englischen Interessenten maßlos übertrieben worden und jetzt liegen völlig einwandfreie Beweise vor, daß die republikanische Regierung der Opiumproduktion wieder mit der größten Energie und großen Erfolg an den Leib gegangen ist.

Aber die englischen Importeure schreien Jeter und Morbio, weil die chinesische Regierung ihr edles Geschäft gemäß dem Vertrag von 1911 erschwert. Sie fordern, daß China die bereits gesparten Provinzen wieder dem Opium offne und auch dem Detailhandel und dem Konsum keine Schwierigkeiten bereite. Manche begnügen sich mit der Forderung, daß der Vertrag von 1911 rückgängig gemacht werde, andere wollen sogar den von 1907 rückgängig sehen, um so dem Opiumhandel wieder völlig neue Bahn zu eröffnen. Von der englischen Regierung fordern sie außerdem die vorläufige Einstellung des Opiumexports von Indien, um den Preis ihres Vorrats noch mehr in die Höhe zu treiben.

Es versteht sich, daß die englische Regierung sich der Interessen der Opiumproduzenten annimmt und die chinesische Regierung mit Protesten und Drohungen zu hängen sucht. In der englischen Presse — hauptsächlich, aber keineswegs ausschließlich, der konservativen — wird die Sache jämmerlich fortgeführt. Die Times meißelt, daß ein neuer Opiumkrieg gegen China nicht gangbar sei, weil er die öffentliche Meinung in England abstoßen würde. Da, wenn's da raus ankommt, dann können ja die englischen Diplomaten dafür sorgen, daß der Krieg aus irgendeinem anderen Grunde abgebrochen wird. Das wäre im 20. Jahrhundert eine würdige Kränkung der Kulturleistungen des europäischen Imperialismus.

Die Besitzsteuerfrage.

Am Sonnabend waren die Finanzminister der deutschen Bundesstaaten zu einer Konferenz in Berlin versammelt, um die Besitzsteuervorlage zu beraten, die die Regierung verabsichtigt ist, bis 30. April dieses Jahres dem Reichstage vorzulegen. Die Verhandlungen über den Verlauf der Sitzung sind recht widersprechend. Nach einer Mitteilung haben sich so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, daß die Finanzminister zu keiner Einigung gelangen konnten. Der Reichstagminister wollte namentlich vermeiden, durch direkte Verhandlungen mit den Regierungen der Bundesstaaten die Beratungen zu fördern und soeben eine zweite Konferenz der Minister einberufen. Offiziell dagegen wird mitgeteilt, daß es sich bei der Konferenz lediglich um eine Vorbesprechung der Materie gehandelt habe, daß irgendwelche Beschlüsse also nicht beabsichtigt und auch nicht gefaßt worden seien. Alles, was über starke Meinungsverschiedenheiten gemeldet wurde, ist Kombination, insbesondere sei es durchaus nicht auffällig, daß die sächsischen Vertreter sich sofort für die Erbschaftsteuer erklärt hätten. Sachsen habe aus seiner Sympathie für eine Form der Besitzsteuer nie ein Wort gemacht.

Ueber den Stand der ganzen Besitzsteuerfrage veröffentliche unmittelbar vor Zusammentritt der Ministerkonferenz die Regierung die nachfolgende offizielle Darlegung, die gleichzeitig den Inhalt der der Konferenz vorliegenden Denkschrift über die Besitzsteuer andeutet:

Es kann nur eine Steuer in Frage kommen, die den ganzen Besitz zu erfassen imstande ist. So kann die Entschädigung nur schwachen zwischen einer Erweiterung der Erbschaftsteuer und einer Reichvermögenssteuer, bezw. einer Vermögenswertsteuer. Für beide Steuern sind verkehrte Grundentwürfe mit Berechnungen über Ertragsfähigkeit ausgearbeitet. Das finanzielle Ziel ist nicht aufzu geben, nämlich auf einen Jahresertrag von 50 bis 60 Millionen

Mark. Auf einen solchen Ertrag war auch die im Jahre 1900 abgelehnte Erbschaftsteuer geschätzt worden. Für die Ermäßigung der Finanzminister wird im wesentlichen die Ermüdung maßgebend sein, welcher von diesen Steuerentwürfen die mehr Aussicht auf Annahme im Reichstage haben könnte. Man haben die Bilder der Konservativen und des Zentrums noch unzulänglich auf Betragen der Regierung auf das bestimmte erklärt, daß sie jede Erbschaftsteuer ablehnen würden. In Regierungskreisen besprecht man nicht, daß es den beiden Parteien damit ernst ist und daß sie die Ablehnung nötigenfalls zum Fraktionsbeschluss erheben werden, um eine etwaige Erbschaftsteuertraumliche Minderheit zum Schweigen zu bringen. Gleichwohl wäre im Reichstag auf eine Mehrheit für eine Erweiterung der Erbschaftsteuer zu rechnen, wenn auf die Sozialdemokratische Verles wäre. Dieses Vertrauen besteht indes in der Regierung nicht. Vielmehr fürchtet man, daß die Sozialdemokraten anstatt sich mit dem Entwurf an begünstigen und praktischen Politik zu treiben, ihn mit unzulässigen Forderungen belasten und damit für die bürgerlichen Parteien und die Regierung ungenießbar machen würde. So wendet sich denn die Hoffnung der Regierung mehr der Vermögenssteuer in der Form einer Zuzugssteuer zu. Zwar haben sich die Bundesregierungen wiederholt gegen eine Reichsvermögenssteuer erklärt, aber nicht ausdrücklich gegen eine Zuzugssteuer, so daß es den Bundesstaaten unbenommen bliebe, die bestehende oder noch einzuführende Vermögens- oder Ergänzungsteuer welche zu erheben. Nur den Zuzugs könnten sie an das Reich abzuführen. Ein Reichsbeschluss hält man den Zuzugs für betragsmäßig genug, um ihn als Ersatz für eine Erbschaftsteuer gelten lassen zu können. Allerdings würden sich die Bundesregierungen des Rechtes begeben, ihre Vermögens- oder Ergänzungsteuer im Interesse ihrer eigenen Finanzen auszugestalten.

Die offizielle Notiz polemisiert dann ohne weiteres gegen den Versuch der Presse des schwarzblauen Blocks, die Besitzsteuer überhaupt mit der Begründung abzumitteln, daß die Erbschaftsteuer genug genug sein würden, um die neue Steuer überflüssig zu machen. Es werde dabei, so sagt die offizielle Auslassung, übersehen, daß aus dem Kriegsmittelkürzung noch eine Ergänzungserhebung für die Anfalligkeit und andere verkehrtsrechtliche Zwecke zu erwarten sei. Welche Höhe die Forderung haben wird, ist noch unbekannt.

Als allem geht hervor, daß die Regierung wohl das Geld gebraucht, daß sie wohl auch den, wenn auch schwachen, Willen hat, den Beschlüssen des Reichstages nachzukommen und ein Besitzsteuerprojekt zu betreiben, in dessen irgendwelche Energie gegenüber den schwarzblauen wird nicht aufgewendet werden. Die Bemerkung, daß die Sozialdemokraten verstanden und die Regierung um bestimmten geungenen sei, auf die Wünsche der Konservativen und des Zentrums Rücksicht nehmen, ist nicht weiter als eine feine Ausherei, die verstanden ist, daß sich die Regierung vornehmlich der Schicksalsbereitschaft zu den schwarzblauen bemüht ist. Bevor man über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion etwas sagen kann, müßten doch mindestens die Steuerpläne der Regierung bekannt sein und es müßte gesagt werden, für welche Zwecke die die Steuerkraft zu verwenden gedenkt. Solange hierüber noch jede Klarheit fehlt, hat man auch kein Recht, sich vornehmlich hinter ein ablehnendes Votum der Sozialdemokratie zu verbergen.

Politische Ueberblick.

Halle a. S., den 6. Januar 1913.

Interne „nationale“ Politik.

Die Großschächterelei Bell & Söhne in Basel hat unmittelbar an der bodischen Grenze die Filiale Riesen errichtet. Diese schweizerische Firma hat infolge der Fleisch-Einfuhr im Grenz-Heinlecher im vergangenen Jahre für nicht weniger als 200 000 Franken an Fleisch- und Wurstmwaren umgesetzt. Dieser Betrag ist den badiischen Geschäftsläden völlig verloren gegangen. Sie mußten ausgeben, wie besonders Sonnabend die in den Grenzorten wohnenden badiischen Einwohner nach Riesen markierten und dort das um 15—20 Pf. billiger Fleisch holten. Daß die Fleischsteuer auch heute noch nicht behoben ist, läßt sich am besten anhand schätzen, daß am Samstagabend um 1000 Personen in Riesen durch die Firma Bell abgefertigt wurden.

Trotz alledem spielen sich die Wähler in Deutschland noch als die besonderen Schüler des Mittelstandes auf. Denselben Mittelstand schlägen sie aber durch ihre agrarische Politik die schwarzen Wunden.

Der „Gesamtliberalismus“ bei den Landtagswahlen.

Aus Magdeburg wird mitgeteilt, daß jetzt das Wahlballett zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen für die ganze Provinz Sachsen zum Abschluß gekommen ist. Nach dem Abkommen gewählten sich beide Parteien ihren bisherigen Verbleib und stellen für die übrigen Wahlkreise gemeinsame Kandidaten auf. Auch im nördlichen Westfalen, in dem Preise Winden-Wübbede und Westfeld-Forst-Balle haben sich die Fortschrittlichen für ein Wahlballett mit den Nationalliberalen ausgesprochen. Die sippuliberalen Nationalliberalen trafen gleichfalls ein Abkommen mit den Fortschrittlichen. Anstatt der Erörterungen über ein ebenf. Aufeinanderkommen zwischen Konservativen und Nationalliberalen sind diese Wahlballett mit den Fortschrittlichen gänzlich aufzuliegen

zur Verenger sich besonders darüber aufregt, daß man die Sozialisten und die Progressiven des Senats zu der Plenarung der Rinken am 15. Januar einladen wird. Im ganzen werden gegenwärtig von den verschiedenen Ministern und hohen Beamten nicht weniger als neun Minister, Abgeordnete oder Senatoren als Kandidaten betrachtet: der Ministerpräsident Boincard, der Senatspräsident Dubois, der Kammerpräsident Delchamps, der Minister der öffentlichen Arbeiten Dupuy, der Oberbauminister Rams, der frühere Ministerpräsident Combes, der frühere Ministerpräsident Clemenceau, der frühere Ministerpräsident Ribot und Genosse Vaillant. Die radikale Partei hat sich in ihrer Gesamtheit noch für einen der Kandidaten entschieden, da fast jeder der Genannten eine Gruppe von Kandidaten für sich hat!

Spanien.

Der konservativste Rückzug. Ueber die Vorgänge, die zum Rückzug Mauras und seiner Gefolgsleute vom politischen Schauplatz geführt haben, berichtet der spanische Genosse Fabra Ribas in der Humanität. Er betont, daß es sich um eine neue Niederlage der Würde Ferrers handelt, nicht jedoch um einen eigentlichen Sieg der Liberalen. Mauras und La Cierva waren die Leiter der liberalen Regierung im Jahre 1909, als der Aufstand in Barcelona Anlaß zu einer wilden Orgie der Reaktion gab. La Cierva stellte sich die Aufgabe, die Auffständischen von Barcelona so zu züchtigen, daß man bis ins vierte Geschlecht daran denken soll. Man weiß, wie das mit Hilfe der Militärsitzung gelang, wie die Kerker von Montjuich die Gefangenenmärter, die Ermordung Ferrers und die Empörung ganz Europas wahrachten. Gelübt durch die öffentliche Meinung aller zivilisierten Länder, erschien sich als liberaler, republikanischer und sozialistischer Elemente gegen das Kabinett, das schließlich zusammenbrach. Der Kern dieser Bewegung war das republikanisch-sozialistische Bündnis, das in seinem ersten Auftakt erklärte, die Würde Ferrers müßten für immer vom Schauplatz verschwinden, dürften nie wieder an die Regierung kommen.

Trotzdem versuchten die reaktionären Führer in den folgenden Jahren während Ganalejas Regierung mehrfach, wieder an die Macht zu kommen. Der König würde sie nur zu gerne wieder berufen haben, getraute sich aber nicht, die Volksempörung so großlich herauszufordern. Nun, als Ganalejas der Waffe eines Wildschusses zum Opfer gefallen war, glaubten sie ihre Zeit gekommen. Ihr führendes Blatt, La Epoca, hat angekündigt, zu Beginn dieses Jahres würden die Konstitutionen wieder herzustellen, ein anderes Blatt brachte sogar schon die Regierungsliste mit Mauras als Chef und La Cierva als Minister des Innern. Immer aus neue erklärte man die Politik der Liberalen für eine Gefahr für die Monarchie, Alfonso XIII. für einen Gesangenen der Republikaner und Sozialisten. Doch würde der tapferere König deren Drohungen seinen Augenblick länger dulden. Aber die Presse dieser Parteien erklärte bestimmt, man würde eine solche Regierung nie mehr dulden. Und der tapferere König fand es nützlich, seine neue Volksbewegung zu entzünden. Er beließ den liberalen Grafen Romanones an der Regierung und nahezu hundert konservative Edl. Minister, Senatoren und Abgeordnete haben ihren Wählern zum Parlament und vom politischen Leben erklärt. Die Liberalen, die nun nach rechts hin unangefochten das Terrain beherrschen, sind aber wieder eine einseitige noch überhaup eine Partei von harmlosen politischen Wahlen. „Ohne eigenen Politik und von Spaltungen bedroht“, sagt Ribas, „wird die liberale Partei sich nicht lange an der Macht halten können. Was wird dann kommen? Es handelt sich in Spanien nicht mehr um eine Krise der Parteien, sondern des Regierungssystems. Im Grunde ist es schade, daß der König nicht Herrn Mauras berufen hat. Er hätte damit alle Wunden abgeheilt.“

Japan.

Innere Wirren. Das neue japanische Ministerium befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Die parlamentarische Partei macht ihm lebhaftest Opposition. Die allgemeine Verammlung der Partei, die jährlich gegen Ende Januar tagt, hat ihre Sitzung diesmal einen Monat früher abgehalten, und es ist ein Beschluß gefaßt worden, daß die Partei sich mit allen Mitteln der Vermittlung der Militärdirekte widersetzt. Im Falle der Nichtannahme der Kredite wird der Kaiser wahrscheinlich die Auflösung des Parlaments verfügen, was nach Ansicht der parlamentarischen Parteien einem Staatsstreich gleich käme. Die Nachricht von einer eventuellen Auflösung des Parlaments hat eine lebhafteste Erregung im Lande hervorgerufen, die sich bereits in dem Attentat auf den Marschall Yamagata, den Chef der Militärpartei, Luft gemacht hat. Die innere Krise wird sich allem Anschein nach noch verschärfen, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß Japan vor einer ähnlichen Zeit steht, wie sie Rußland nach dem japanischen Krieg durchgemacht hat.

China.

Der Konflikt mit Rußland. Die russisch-chinesischen Verhandlungen gehen sich in die Länge, und ihr Abbruch ist sehr wahrscheinlich. Rußland hat die chinesische Regierung davon verständigt, daß ihre Forderungen unannehmbar sind und daß es, falls China auf ihnen bestehen sollte, Rußland auf seine friedliche Haltung verzichten müsse. China will als Basis der Verhandlungen den Vertrag von 1881 nehmen, aber Rußland weigert sich in Anbetracht der veränderten Verhältnisse, auf dieser Grundlage zu verhandeln. China ist zwar bereit, die Autonomie der Mongolei unter seiner Oberhoheit anzuerkennen, ist auch damit einverstanden, daß eine sofortige Grenzregulierung der unabhängigen Mongolei vorgenommen wird, weigert sich aber, an Rußland das Recht zuzugestehen, daß es Truppen zum Schutze der Konsulate und zur Wahrung seiner Interessen nach der Mongolei schicken darf. Es steht jedoch fest, daß Rußland aus dieser Forderung eine unumgängliche Bedingung machen wird. Außerdem protestiert die russische Regierung gegen die Entsendung chinesischer Truppen nach Sibo während der Verhandlungen. Diesem Verlangen hat die chinesische Regierung bereits nachgegeben und die chinesischen Truppen nach der Grenze zurückbeordert.

kleine Auslandsnachrichten. Die russische Schandpolitik gegen die Juden. Das Bezirksgericht in Moskau fällt das Urteil in dem Prozeß gegen 200 Juden, die beschuldigt waren, durch Bestechung gefälschte Zeugnisse über Arbeiter zum Bahnarbeitsamt zu beschaffen zu haben, um dadurch das Recht zu erlangen, außerhalb der Anstaltungszone zu wohnen. 70 Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen zu einem Jahre Kerkerhaft verurteilt. Kein Verzehe und Beamte wurden zu Kerkerhaft von einem bis drei Jahren verurteilt. — Der ausgewiesene Expräsident Castro will „mit allen Mitteln“ gegen die amerikanische Auswanderungsbehörde „kämpfen“ und versuchen, in den Vereinigten Staaten bleiben zu können. Sein Abtritt ist der Überzeugung, daß eine Ausweisung des Expräsidenten ungesetzlich ist, und hat bereits einen Protest beim Generalkonsul eingereicht. — Die Demission des portugiesischen Kabinetts wurde vom Präsidenten der Republik angenommen. Dieser hat Almeida mit der Berufung des Kabinetts beauftragt. — Neue Unruhen in Marokko. Ueber Mogador ist der Belagerungszustand verhängt worden, da sich in der Stadt Ungehöriges bemerkbar machte, daß die Bevölkerung die Rebellen unterstützt. Eine große Militärschlacht rückt vor, um den Rebellen die Spitze zu bieten.

Aus der Partei.

Die Verfolgung der Arbeiterorgane.

In dem letzten Monat des Jahres 1912 sind, wie im November vorher, sieben Verbrechen gegen sozialdemokratische Zeitungen bekannt geworden. Fünf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, ein Genosse jedoch zweimal zu je vier Monaten, drei wurden freigesprochen, gegen die anderen zehn Beschuldigten kamen Geldstrafen in Anwendung. Ingesamt wurden im genannten Monat an Strafen verhängt: 17 Monate Gefängnis und 1240 Mark Geldstrafen. Die niedrigste Geldstrafe war 20 Mk., die höchste 250 Mark.

Vom April 1912 bis Ende Dezember gab es sonach 128 Verbrechen mit drei Jahren einen Monat Gefängnis und 14900 Mark Geldstrafe.

Sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in Jena.

Aus Jena a melden bürgerliche Nachrichtenquellen: Durch die Eingebung von Wiedenhan und Riegenhan ist die Stadt Jena über Nacht zu einer sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit gekommen. Der Gemeinderat der Stadt Jena zählte bisher 30 Mitglieder. Den Orten Riegenhan und Wiedenhan wurde aber nach dem Eingebungszustand das Recht zugesprochen, aus ihrer bisherigen Gemeindevertretung je ein Mitglied in den Jenaer Gemeinderat zu entsenden. Welche Gemeindevertretungen erklärten nun einen Sozialdemokraten zu ihrem Vertreter, so daß die sozialdemokratische Fraktion des Jenaer Gemeinderats, die bisher vierzehn Mitglieder zählte, einen Zuwachs von zwei Mitgliedern erhielt. Damit fanden sich die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten in gleicher Stärke (je fünfzehn) gegenüber. Nachdem aber jetzt das Gemeinderatsmitglied Professor Weber aus persönlichen Gründen sein Amt niedergelegt hat, haben die Sozialdemokraten tatsächlich die Mehrheit im Jenaer Gemeinderat. Bei der Wahl des Präsidiums wurden Institutsdirektor Braumann aus Worfleben, Redakteur Haber als erster und Opfiter Häbrich als zweiter Stellvertreter wiedergewählt. Die beiden letzteren gehören der sozialdemokratischen Partei an.

Sozialdemokraten werden nicht bestraft.

Wir berichteten jüngst, daß in Bradel bei Dortmund der Parteigenosse Bergmann Hausmann zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt worden sei. Hausmann hat jetzt folgendes Schreiben erhalten:

Die Befähigung zu der Wahl des Vergarbeiters Otto Hausmann zu Bradel als stellvertretender Gemeindevorsteher der Gemeinde Bradel wird unter Zustimmung des Kreisauusschusses verweigert. Der Landrat. v. Münch.

Von einem preussischen Landrat konnte nichts anderes erwartet werden. Sozialdemokraten sind minder Rechts — und die „Selbstverwaltung“ der Gemeinden ist ein großer Schwindel.

Die staatsgefährlichen roten Schleifen.

Drei unserer Genossen in Laurentien hatten bei der Vereidigung eines Mitgliedes des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 9. hannoverschen Wahlkreis Kränze mit roten Schleifen getragen. Dadurch sollen sie dem Beidungsgenossen „besonders auffälligen Charakter“ gegeben und somit gegen die Bestimmungen des Reichsverwahrgesetzes verstoßen haben. Die Klage hat bereits einmal die Gerichte durch und endete jedesmal mit der Freipröfung unserer Genossen, bis das Oberlandesgericht in Celle die Sache an das Schöffengericht zurückverwies. Aber auch die zweite Verhandlung vor dem Schöffengericht endete mit der Freipredung der „Sünder“. Die Anklagebehörde jedoch gab noch immer keine Ruhe, und so mußte sich auch die Strafkammer in Hannover zum zweiten Male mit der Angelegenheit befassen. Sie kam wiederum zur Freipredung. Das Gericht betonte, daß die Angeklagten sich durch das bloße Tragen der Kränze mit roten Schleifen gar nicht auffällig betätigt hätten. Es lie ihnen in seiner Weite zum Vorwurf zu machen, daß sie irgend eine belobende Aufsicht, z. B. die Propaganda für die sozialdemokratische Partei, gehabt hätten. — Ob die Anklagebehörde sich diese Entscheidung merken und endlich mit ihren Aktionen gegen die bei Verleumdungsgenossen getragenen roten Schleifen aufhören werden?

Gewerkschaftliches.

Die betrogenen Saarbergleute.

Trotz der „Ermaunung“ der christlichen Gewerkschaftsführer, nicht in einen Streik einzutreten, kam es, wie schon mitgeteilt, am 3. Januar auf den fiskalischen Saargruben Welfen und Gerhardt doch zum Ausbruch eines großen Teils der Welegschaffen. Der Grund war folgender: Die Delegierten hatten ihre Kündigung ebenfalls eingereicht. Auf Grund der zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften und der Bergwerksinspektion gepflogenen Verhandlungen nahmen sie an,

daß die formelle Jurisdiktion der Kündigung nicht nötig sei und es genüge, wenn sie zur Arbeit kämen. Die Inspektion sah aber die Kündigung als gegeben an und wollte die Siderheitsmaßnahmen einstellen, wodurch sie aber ihres Amtes als Siderheitsmann verlustig gegangen wären. Neue Verhandlungen führten nun aber zu einer Einigung, so daß am Montag (heute) die Arbeit auch auf den beiden genannten Gruben wieder aufgenommen wird.

Sehr stark haben bei dieser Arbeiterbewegung die katholischen Geistlichen ihre Hände im Spiel gehabt. In einem Schreiben des Bischofs von Trier wurden die Deputierten der Deputierten des Saarbergbetriebs aufgefordert, alles aufzugeben, um die Vergarbeiter mit dem „unseligen Streik“ abzuhalten. Das Schreiben wurde am 29. Dezember in einer Anzahl von Kirchen zur Verteilung gebracht, und es hat sich sehr verständlich in den Arbeiterkreisen nicht wenig über das seltsame Angriffe wurden auf den katholischen Klerus, der auf diese Art in die Bewegung eingriff, gerichtet.

Am 30. Dezember nahm zu diesen Angriffen eine Präsidienkonferenz der katholischen Arbeitervereine des Saarreviers in Saarbrücken Stellung. 33 katholische Geistliche, die der Berliner Richtung angehören, erließen nun in einem Saarbrücker Organ der Berliner Richtung eine Erklärung, durch die allem Anschein nach der Streit zwischen der Kölner und der Berliner Richtung von neuem angefaßt wird.

Im übrigen aber ist in dieser Hinsicht verlassenen Streikbewegung der christlichen Saarbergleute von den christlichen „Führern“ der W-Glabader bei der Berliner Richtung an Konfusion und Arbeiterverrat gleich viel geleistet worden. Kommen auch die Saarbergleute endlich zu dieser Erkenntnis und ziehen sie daraus die richtige Lehre, dann werden sie zu geeigneter Zeit wohl auch in erfolgreiche Taten umzusetzen können!

Von der Metallarbeiter-Aussperrung in Mendon.

wird nach berichtet: Der Bezirksleiter Girssfelder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes hat den Regierungspräsidenten von Nürnberg um Vermittlung erucht. Die ersten Verhandlungen mit der Witma Schmöle u. Ko. fanden am Donnerstag statt. Sie sind infolge der Vermählungen eines katholischen Geistlichen aufstade gekommen, führten jedoch zu keinem greifbaren Resultat. Am Sonntag wird erneut verhandelt. Bezeichnend ist, daß an den ersten Verhandlungen u. a. auch der Zentrums-Stadtoberordnete Godel teilnahm, der feinerzeit bei der Witma Schmöle u. Ko. Arbeitswilliger wurde und der sich nur deshalb wieder unter den Aussperrten befindet, weil ihn die Witma einige Wochen nach der Wiederinstellung wieder entließ.

Zur Arbeitswilligen-Vermittlung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart-Ludwigsburg ist festgehalten, daß der dortige Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes bereits seit 14 Tagen kündigt, daß Arbeitswillige von Mendon kommen und daß er sich bemüht, ihnen Wohnungen zu besorgen. Ein neuer Beweis, daß die Arbeitswilligen-Vermittlung der Christlichen wohl vorbereitet war.

Merke!

Sturm und Unwetter in Amerika.

Der Sturm wütete in der Sonntags Nacht härter denn je. Aus allen Gegenden lauten Sturmschreie. Die meteorologische Station nach bekannt, man hat nach Aufhören des Sturmes auf eine enorme Höhe bis zu 18 Grad Celsius gefaßt machen müße.

Der „Wertbrief“ des Brenslauer Fabrikbetriebs.

Der von Brenslau nach Berlin-gesandte „Wertbrief“ in Höhe von 70000 Mark, der mit Papiergeldscheinen angefüllt war, hat sich als ein plump angelegtes Schwindelmandat entpuppt, durch das der Direktor Woboloff von der Brenslauer Gasmessfabrik Ebeling u. Ko. seine Zahlungsschwierigkeiten verdecken wollte. Der Brief war bereits bei der Abführung mit Papiergeldscheinen gefüllt. Abseher des Briefes ist der Direktor Woboloff. Er ist als Interdiktionsgefängnis in das Brenslauer Amtsgericht eingeliefert worden.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Das ganze Geschlecht verdammt seinen Namen nicht nur seinem Verhältnis zu dem des Mannes wesentlich ärareren Empfinden, sondern auch dem Umstände, daß es arger gebaut und seine Haut locker und weicher ist als beim Pflanze. Nur eine erprobte milde, neutrale Seife, wie die mechanische Seidenweber-Stützenmilchseife, die durch ihren Zufuß von Borax feilend auf alle Hautunreinheiten wirkt, und mit ihrer Hilfe leicht auf alle Schuppen, Schweiß und Fett, die die Hautporen verstopfen und das freie Atmen der Haut verhindern, entgegenwirken.

JOSEPH
VERA
3 Pf. Cigarette
*1823

Loewendahls Großer Kehraus

ist einzig in seiner Art! ist jetzt in vollem Gange!

Denn er gibt moderne, gute Sachen viel billiger, als man sonst zurückgesetzte kauft!

Kostüme
Mäntel
Paletots
Kleider
Blusen
Röcke
Abend-Mäntel.

Es darf nichts übrig bleiben!
Der letzte Kehraus im alten Haus!



Inventur-Ausverkauf

Grosse Posten emaillierte Geschirre, Glas, Porzellan, Steingut, Nickel- u. Luxuswaren, Holzwaren, Figuren, Nippes usw. sind aus unseren sehr umfangreichen Lagern aussortiert.

Die Preise haben wir oft weit unter die Hälfte, herabgesetzt.

Günstigste Gelegenheit, Küchen-Einrichtungen billig einzukaufen.

Burghardt & Becher,

Leipzigerstrasse 10,
Parterre, I., II., III. Etage. Personen-Aufzug.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Sozialdemokrat. Verein Holzweissig
Mittwoch den 8. Januar abends 8 Uhr im Lokal
des Herrn Schröder

Mitglieder - Versammlung.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen.
Der Vorstand.

Verband der Gastwirtsgehilfen
Ortsverwaltung Halle a. S. und Umg.
Unser
Weihnachts-Vergnügen
findet am 8. Januar von abends 8 Uhr an in Wilsdorfs Gesellschaftshaus (Karlstasse) statt.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.
5847 I. A.: Das Vergnügungs-Komitee.

Turnverein „Jahn“ Merseburg.
Sonntag, 2. Februar 1913.
in der „Kaiser Wilhelmshalle“
MASKEN-BALL.
Hieran leidet freundlichst ein
Der Vorstand.

Bliefordner
für Büros, 85 Pfg. 5380
C. F. Ritter Leipzigstr. 90
Rab.-Sp.-Mark

Ca. 60 Stück **Stühle**, à 2 Mk.
Vertiko 24 Mk.
Tische 4 Mk.
Sofa 25 Mk.
Pfisch-Garnitur 60 Mk.
Bettstellen mit Matrasen,
Küchenmöbel, Kleider-
schränke, Kullensesseln,
Truhen, Spiegel, Umbaus,
Pianos verkaufe zu besonders
billigen Preisen.
Friedrich Pelleke,
Geiststrasse 25.

Abbruch!
Lagerplatz Tholuckstr. 4,
steht Lager v. geb. Baumaterial,
Kortbörnerfülle, gr. Kissen
in Seiden, 60 neue Kissen, für
Saal passend, Schiebetüren, Rollläden,
Kloset mit Wasserleitung,
300 Meter Breiter, Haus-
u. Einbautüren, etc. Soeben
aus dem Lager, Kissen, auß-
erliche Abfallrohre, Gas-Rand-
läder, Latex, Fenster u. Blei-
schlingung, Dachrinne, Best. Dellen,
20000 Maiersteine, à 1000 12 Stk.,
Bohlen, Spundholz als Balken,
Säulen usw., 100 Kubikmeter Brenn-
holz u. viel mehr billig zu verk.
G. Sander. 1814

+ Frauen! +
Bei Eröffnung und Unregelmäßig-
keit werden sich vertrauensvoll an
Frau F. Franke, Oberärztin,
Abteilung, Friedenstrasse 14,
Muskuntkollenos. 901
1888
la. Kuhmilch-Butter
franko per Nachnahme: 63 Pf. - Rife
27.5.60; 103 Pf. - Rife 27.9. Kapfen
Nagorska b. B. via Odenberg, Schier.

Die grosse
Schuh-Inventur
bietet Gelegenheit, Ihren Schubbedarf bill. z. decken.
Von heute bis 30. Januar
verkaufe ich, um mein Lager zu verkleinern, zu
bedeutend ermäßigten Preisen.
Überzeugen Sie sich von meinem Angebot
:: durch Besichtigung meiner Schaufenster. ::
Willibald Wetterling,
Schmeersrasse 23.
Um Verwechslungen vorzubeugen, achten Sie bitte
genau auf Vornamen Willibald, Nr. 23.

Leiden Sie an Rheumatismus, Schnupfen, Erkältung, Nieren usw.?
so werfen Sie kein Geld mehr weg für wertloses Zeug, sondern lassen Sie sich sofort
Paul Leipzigers echten Nierenschützer
kommen. Kein Tee, keine Einreibung, sondern aus reinem
Flanell, wor meine Nierenschützer trägt, wird nie mehr ohne
denselben sein wollen. Aber auch Gestrübe sollten diesen Nieren-
schützer tragen, um Krankheiten zu verhüten. Pro Stück 2.25, 6.
Nachnahme 20 J. mehr. Verlangen Sie Prospekte kostenlos.
Paul Leipziger, Wittenberg, Bez. Halle.

Hohe Belohnung
erhält Wiederbringer meiner am 8. d. M. Merseburgerstraße ver-
loren gegangenen
schwarzen Aktenmappe.
Merseburgerstrasse 25, III, 11 n. a. 5351

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter
z. H. 77. **Fittate Halle a. S. (Süd)** z. H. 24
1. Januar 1888. 1. Januar 1913.
Für die große Ehrung, die mir zu meinem
Jubiläum erwiesen ist, sage ich allen Genossen und
Freunden sowie den lieben Frauen von nah und fern
meinen herzlichsten Dank.
Julius Schmidt, Bevollmächtigter.

Thermometer
fürs Zimmer und Fenster,
von 60 Pfg. an. 5860
Leipzigstr. 90
C. F. Ritter, Rab.-Sp.-Mark.

+ Frauen! +
brauchen bei Eröffnung u. Unregelmäßig-
keit vom Weistag nur Dr.
Scheidt's Salzwel. Garant.
unfälschlich. Pulver 4 Ztl. Tropfen
600, 8-10 Ztl., für. sämtl. gyno-
metrische Weibersartikel billig
Fil. **Dr. Conrad Scheidt,**
Halle a. S., Gröbenweg 3 a. 1.
Samenbehandlung. Rückporto.

Möbel
u. Polsterwaren
in reeller Ausführung kaufen Sie
preiswert bei
G. Schaible,
Gr. Märkerstr. n. Ratskeller.

Carl von Honig, wenn
Ihre Gesundheit erhalt. wollen.
Garant. reiten Blütenhonig.
Gerodrigend lobte Qualität.
1 Pf. 50 Pfg. 6848
empfehl.
Carl von Honig,
Bretterstraße 1,
Marktpl. Turm
und Petalarchen 61 62.

Irrigatoren,
Irrigatorschläuche,
Irrigator-Garnituren,
Glyssomp., mod. Irrigationspistolen.
— Damenbedienung. —
Halle a. S.,
F. Hellwig, Barfüsserstrasse 10
Fennur 2620. Geogr. 1831. *1123

Wassergefäße, billige
Zander, Gr. Klaus-
722 **Zander, Gr. Klaus-**
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Arbeitsmarkt
Tüchtige Mosaikschläger
gesucht. Zu melden beim
Braunmister Westphal,
Bismarckstr. 60.

Junger Mann, verheiratet, sucht,
gehört auf gute Zeugnisse, bauerne
Stellung als
Mohndiener oder Felger.
Offerten u. V. H. 205 an die Er-
perten des Volksblattes. *1820

Gutbezahlte Schreibarbeit
vergiht sofort ins Haus. *1824
Oh. u. V. H. 204, a. d. Exp. d. Sta.

*1831 **Verständlicher Mann**
u. Uebernahme ein. Verbandsstelle in
leb. Bezirk i. bauerne gesucht. Beruf
u. Wohnort gleich, o. Kapinlebedarf,
kein Risiko, a. als Nebenberuf
geeignet. Eink. monatl. 500. Nur
treue Leute verb. angeht. Zus-
kunft kostenfrei mit. K. Böhler
an Daube & Co. Köln a. Rhein.

Dankagung.
Zurückgekehrt vom Grabe
meines mir lo pflichtig aus dem
Leben getriebenen lieben, teuren,
unvergessl. Mannes, unersch-
tlichen Vaters, Bruders und
Schwiegermutter, des Wehr-
führers **Wilmhelm Sander,**
legen mit dem Pastor Jennich
für seine treulichen Worte am
Grabe meinen herzlich. Dank.
ferner meinem Arbeitgeber (Hrn.
Max Schömmel) u. seinen Mit-
arbeitern. Dank dem Trans-
portarbeiter-Verband für die
wunderschöne Teilnahme. Ver-
dienen Dank d. Väter u. Müt-
terlichen der Firma Wupppe &
Berner für die reiche Kranz-
sendung und allen, die meinen
Sarg mit Blumen schmückten.
Die trauernde Witwe 5350
Marie Sander nebst Kindern.

Sternfeld's Inventur-Ausverkauf

bietet dieses Jahr eine
besondere Ueberraschung

dadurch, daß **jeder Kunde**

gratis

erhält:

- 1 Billett** für das Stadt-Theater, Parkett-Platz, beim Einkauf von 50 Mark an,
- 1 Billett** für Waihall-Theater, Saalplatz, beim Einkauf von 20 Mark an,
- 1 Billett** für Biophon-Theater (Gr. Ulrichstr.) I. Platz, beim Einkauf von 10 Mark an,
- 1 Billett** für Kaiser-Panorama beim Einkauf von 5 Mark an.

Die Wahl der Tage für die Billette ist beliebig.

Ausser dieser Vergünstigung noch **10% Rabatt.**

Ferner kommen zum Netto-Vorkauf:

- 3 Gelegenheitsposten:** Reinleinene Servietten, 65/65 gross, St. 38 Pf. mit kleinen Webefehlern.
- Handtücher u. Damast-Reste Pfund 1.75 M.
- Stickerien . . . Stück (4 Meter) 75 Pf.

Adolf Sternfeld, Wäsche-Fabrik,

Gr. Ulrichstr. 4 I. Etage im Kaiser-Panorama.

Die Balkantrise.

Die Friedensverhandlungen in London sind augenblicklich in ein äußerst kritisches Stadium getreten und mit ihrem Abbruch muß jeden Moment ernstlich gerechnet werden.

Ueber das Ultimatum der Balkanverbündeten soll heute (Montag) die Entscheidung fallen; die Türken haben am Sonnabend eine nachdrückliche Vertagung durchgesetzt. Es ist eine Art Selbsterrettung, die man sich gegenseitig zugesprochen hat, und man verzweifelt auf beiden Seiten mit gleicher Bestimmtheit, daß von einem weiteren Entgegenkommen keine Rede mehr sein könne. Trotz dieser gespannten Situation will niemand so recht an eine Fortsetzung des Balkankrieges glauben, und man hofft, daß diese Gefahr durch ein Eingreifen und eine

Bermittlung der Großmächte

befriedigt wird. Wenn auch die Balkanverlegierten versichern, daß sie eine solche Vermittlung nicht wünschen, und es der Türkei ganz allein überlassen müßten, sie herbeizuführen, so sieht doch fast, daß weder bei dem Balkanbund noch auch bei der Türkei große Neigung zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten besteht. Die Türkei ist mit ihren Finanzen vollständig am Ende, und nicht viel besser geht es den Balkanverbündeten, von denen oben drein namentlich Bulgarien auch militärisch sehr geschwächt ist. Andererseits haben sich aber auch die Türken von einem Wiedergeborenen des Krieges, selbst wenn ihnen das Kriegsglück günstiger sein sollte als bisher, kaum noch Erfolge zu versprechen, die sie zu einem Abbruch der Verhandlungen bestimmen könnten. Sehr wahrscheinlich wird das aber durch ein Eingreifen der Großmächte verhindert werden, und man wird so schließlich einen Weg finden, die Verhandlungen zu einem friedlichen Ende zu führen. Daß im übrigen die internationale Lage noch gar nicht ruhig aussieht, beweist vor allem die Katastrophe, daß Österreich seine Kruppenmobilisierung noch immer aufrecht erhält.

Die Drohung der Balkanverbündeten.

London, 4. Januar. Die Delegierten der Balkanstaaten haben dem Reuterschen Bureau offiziell mitgeteilt, daß wenn die Türken, welche Vorfälle sie sonst auch machen mögen, am Montag nicht alle Forderungen des Ultimatum der Verbündeten erfüllen, die Verbündeten die Verhandlungen abbrechen werden, und daß vier Tage danach, entsprechend den Bestimmungen des Waffenstillstandes, die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden. Eine etwaige türkische Abweisung, die Regelung der Angelegenheiten den Mächten zu übertragen, wird als eine nur die Türkei angehende Frage angesehen werden, mit der die Verbündeten nichts zu tun haben.

Die Antwort der Porte.

Konstantinopel, 5. Januar. Der Ministerrat beschloß gestern mit großer Mehrheit den Abbruch der Verhandlungen, falls der Balkanbund auf Abtretung Adrianopels besteht. Namentlich Vassika, welcher überstimmt wurde, verließ den Ministerrat mit der entscheidenden Erklärung, daß er nicht abtreten werde. — Die gesamte türkische Presse betont, daß es unmöglich sei, die Bedingungen der Verbündeten anzunehmen. Die Annahme hiesige: Zukunft und Ehre der Türkei opfern. Wenn es nötig werden sollte, würden die Osmanen nicht zögern, den Krieg neuerlich aufzunehmen.

Die Türkei appelliert an die Großmächte.

Konstantinopel, 5. Januar. Nach dem getrigen Ministerrat richtete die Porte an die Vorkämpfer bei den Mächten Rundschreiben, zur Weitergabe an diese, worin dargelegt wird, daß die Türkei in ihrem Verstreben, einen friedlichen Ausgleich zu erzielen, große Opfer gebracht habe; sie habe sogar auf das Majorat Adrianopels verzichtet, sie sei aber genötigt, auf dem Bestehen der Forderung zu bestehen, da man diese für die Verteilung der Hauptstadt unbedingt behalten müsse. Schonungslos könne die Porte die ägäischen Inseln abtreten, jedoch sei sie bereit, um ihre friedlichen Absichten zu bezeugen, auf Akreta zu verzichten. Die Porte hoffe, daß die Mächte die Logik dieser Argumente anerkennen würden.

In hiesigen diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß in den nächsten Tagen eine Intervention der Großmächte erfolgt, um den Friedensschluß zu beschleunigen. Wie versichert wird, haben die Vorkämpfer bei die zu unternehmenden Schritte bereits beraten.

Paris, 5. Januar. Der Matin schreibt zur Situation in London: In der für Montag angelegten Antwort auf das Ultimatum der Balkanstaaten wird die Türkei erdgültig zu bestehen geben, daß sie auf keinen Fall in eine Abtretung Adrianopels einwilligen könne. Ueber die eventuell wieder aufzunehmenden Feindseligkeiten sagt das Blatt weiter: Drei bis vier Tage werden dem Abbruch der Unterhandlungen bis zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verstreichen müssen. Diese drei oder vier Tage halten die Mächte für notwendig, um diese beiden letzten Verhandlungen schleunigst zu intervenieren. Die wichtigsten Kompromisse angeht bereits zwischen den Mächten, um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern. Es werden den Versuch machen, die Türkei zu veranlassen, auf Adrianopel zu verzichten, und sind der festen Hoffnung, daß ihre Schritte nicht vergeblich sein werden. In unterirdischen Kreisen will man wissen, daß der englische Minister des Auswärtigen es war, der den türkischen Delegierten den Rat gab, die Verhandlungen auf Montag zu versetzen und nicht schon gestern den Balkanverbündeten ihre verneinende Antwort vorzulegen, damit dieser Zeit gelassen bleibe, sich über die zu unternehmenden Schritte zu verständigen. Die türkischen Delegierten nahmen diesen Vorschlag Sir Edward Grey um so lieber an, als sie auf die Unterbrechung der Mächte rechnen, um einen Teil der Forderungen der Balkanstaaten zurückweisen zu können.

Die Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 5. Januar. Die Londoner Vorgänge haben hier einen tiefen Eindruck gemacht, weniger wegen ihrer Wirkung auf die äußere als auf die innere Politik. Im großen und ganzen ist man hier der Ansicht, daß der Abbruch der Verhandlungen nicht unbedingt die sofortige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zur Folge haben müsse. Außer den Entente-mächten haben auch die Dreiundbalten der Porte nahegelegt,

in der Frage der Aufgabe von Adrianopel Nachgiebigkeit zu zeigen. — Gerüchte über die Ministerkrisis erhalten sich fortgesetzt. Es behauptet sich, daß ein hervorragendes Mitglied des Kabinetts mit den Jungtürken in Verhandlungen steht. Für den Fall eines endgültigen Einverständnisses würde Vassika und Schefta Vassika das Kriegsministerium übernehmen. Die regierungsfreundliche Presse bemerkt in kategorischer Weise die Kriegserklärung. Die jungtürkischen Mächte schreiben, daß die Möglichkeit einer Krise noch nicht geschwunden sei.

Konstantinopel, 5. Januar. Die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über eine Verständigung des Kriegsministers mit den Jungtürken scheinen sich zu vermindern. Es haben auch schon Zusammenkünfte des früheren Ministers Kalaat mit dem Kriegsminister stattgefunden, der einigen jungtürkischen Offizieren Kommandostellen anvertraut haben soll, so dem früheren Wali von Bagdad Oberst Scheinal das Kommando über die Kurdendivision, die bei Khatalscha steht.

Konstantinopel, 5. Januar. Die revolutionäre Partei manifestierte gestern Abend in dem Eisenbahn genannten Stadtviertel von Stambul. Der Polizei gelang es erst nach vieler Mühe und nachdem sie verschiedene Verhaftungen vorgenommen hatte, die Manifestanten zu zerstreuen.

Rumänien und Bulgarien.

London, 6. Januar. Aus Sofia wird über die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen gemeldet, daß von Rumänien die Abtretung von Silistria, Dobruja und Cavalla geordert wird. Die Bulgaren seien zwar zu einer Grenzregulierung bereit, wollen aber keine großen Gebietsstreifen abtreten.

Während in London sich die Verhandlungen betarrt angelagert haben, daß die Frage, ob der Krieg wieder beginnt oder nicht, nur noch an einem Abbruch hängt, veröffentlicht die Wiener Neugier, wieviel ihr bisher schon die Mächten aus Anlaß des Balkankrieges gefordert haben. In einem offiziellen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß in einem gemeinsamen Ministerrat am Sonnabend der Kriegsminister Krotatin eine genaue Aufstellung über die Maßnahmen, die die Heeresverwaltung hat, gegeben habe, und ziffermäßig die Kosten dieser militärischen Vorbereitungsmaßnahmen darlegte. Bis zum 31. Dezember 1912 sind ungefähr 190 bis 200 Millionen an der Heeresverwaltung aufgewendet worden. Die Summe setzt sich zusammen aus Neuaufstellungen von Ausrüstungsgegenständen, Vermehrung der Artillerie und erhöhte Rekruten für die Verpflegung der Truppen. Die Verpflegungssumme wird mit 7 1/2 Millionen monatlich veranschlagt. Der Kriegsminister gab ferner einen Uebersicht über die Kosten, die die Maßnahmen der Heeresverwaltung in den nächsten Wochen zu erfordern dürften. Er noch größere Beträge, von der der Gestaltung der nationalen Angelegenheiten. Marinekommandant Montecucoli gab dann die gleiche Aufstellung über die Verbräuche der Marine. Außerdem sei er neuerlich auf die Notwendigkeit hin, mit dem Bau neuer Schiffe zu beginnen.

Die am häufigste Art, in der die österreichische Regierung in diesem Stadium ihre Auktionsforderung aufmacht, läßt auf bestimmte Absichten schließen. Wahrscheinlich soll die Auktionsforderung etwaige Ansprüche begründen, die die österreichische Regierung bei der erdgültigen Regelung der Balkanfrage zu erheben gedenkt.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 6. Januar 1913.

Die städtischen Steuern im Jahre 1913.

Die Grundsteuern, nach denen die Gemeinden ihre Steuern zur Deckung der kommunalen Ausgaben erheben müssen, sind durch die staatliche Gesetzgebung geregelt. Der berühmten städtischen Selbstverwaltung ist damit von vornherein das wichtigste Gebiet entzogen. Und solange das Dreifachsystem nicht beseitigt ist, wird die Gesetzgebung über die kommunale Besteuerung nicht geändert. Bis dahin muß man sich mit der Besteuerungsgattung abfinden und nur immer wieder versuchen, die Härten, die die Städte selbst verurteilen, zu beseitigen.

Der Hauptposten in den Einnahmen der Stadt bildet der Ertrag aus der Einkommensteuer. Der Magistrat schlägt bekanntlich 156 Prozent Aufschlag vor; bisher zahlten wir 162 Prozent. Durch 156 Prozent Aufschlag würden dem Stadthaushalt 3 603 000 Mk. zufließen. Gegen das Vorjahr sind das 93 000 Mk. mehr. Interessant ist, daß im Jahre 1911 durch die Einkommensteuer 4 010 475,92 Mk. tatsächlich eingenommen wurden. Angesichts solcher Mehrerinnahmen ist die Forderung auf Beseitigung der Besteuerung der niedrigen Einkommen der Stufe von 600 bis 900 Mk. durchaus berechtigt und erhellbar. Damit wäre eine Härte der Steuer-systems wesentlich gemindert, und der Einnahmenseinfall für die Stadt wäre dabei nur sehr gering.

Die zweite Hauptquelle der Steuereinnahmen ist die Grund- und Gebäudesteuer. Diese will der Magistrat auf 5,57 Prozent des Nutzungswertes = 175,21 Prozent des Ertrags der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer festsetzen. Aufgrund gelegt ist der Nutzungswert für 1911 von 25 576 620 Mk. Die staatliche Grund- und Gebäudesteuer ergab 740 726,52 Mk. Mit Ertrag jener 5,57 Prozent des Nutzungswertes sind im neuen Etat 1 314 000 Mk. angelegt, 16 800 Mk. mehr gegen das Vorjahr. Die Sozialdemokratie fordert für diese Steuerart die Besteuerung nach dem gemeinen Wert.

Ein dritter Stelle stehen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Sie beträgt 185 Prozent der sich aus der bestehenden städtischen Steuerordnung ergebenden Höhe = 215,79 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. Ihr voraussichtlicher Ertrag im neuen Etatjahr befindet sich auf 724 000 Mk. Ein Mehr gegen das Vorjahr von 11 400 Mk. Es folgt die Umsatzsteuer. Sie ist mit 200 000 Mk. angelegt wie im Vorjahre. Eingegeben sind 1911 tatsächlich 168 273 Mk. An fünfter Stelle folgt die Zupfberkeitssteuer. Diese Gewerbesteuer ist also eine recht gute Einnahme für die Stadt. Man hat sie mit 180 000 Mk. veranschlagt, das sind 30 000 Mk. mehr als im Vorjahre. 1911 kamen 157 781 Mk. ein. Den höheren Ertrag erwartet man aus der insoweit in Kraft getretenen Rinnsteuer.

Gute Einnahmen bringt auch die Biersteuer, nämlich 122 000 Mark; 2000 Mk. mehr als im Vorjahre. 1911 wurden 151 889 Mark daraus gewonnen. — Die Hundesteuer soll 45 000 Mark bringen. Ihr Ertrag war im Vorjahr 50 000 Mk. Die Wertungsaufsteuer ist nach noch mit 40 000 Mk. gegen 60 000 Mark des Vorjahres, die uminöse Schankonzessionssteuer mit 35 000 Mk. und die ähnlich eigenartige Betriebssteuer mit 16 000 Mk. eingeleitet. Daneben existieren noch die Barrenhaus- und Wandelagersteuer, die aber nicht in den Stadtbudget liegen, sondern an kleine Gewerbetreibende verteilt werden. Die Gesamtsumme der Stadt Halle aus laufenden Einnahmen der Einkommen beträgt 6 298 130 Mk.

Zum Unterrichtsfortschritt des Bildungsausschusses über deutsche Geschichte, die am Mittwoch, den 8. Januar, im Volkspark beginnt, sind die Eintrittskarten im Arbeitersekretariat zu entnehmen. Zur Erleichterung der Geschäfte ist es diesmal unterblieben, den üblichen Verkaufsstellen einen Vorrat zuzustellen. Da uns nur noch wenige Tage vom Beginn der Vortragsabende trennen, wird gebeten, die gewünschten Karten sofort abzuholen. Einzelne Karten sind auch noch am Saaltaging zu haben.

Der Metallarbeiterverband teilt mit, daß er seinen Mitgliedern ebenfalls die Eintrittskarten zum halben Preise liefert. Bei diesen Preisermäßigungen darf man wohl auf zahlreichen Zuspruch rechnen.

Mit der neuen Anstehensberichterstattung

wird sich eine öffentliche Versammlung beschäftigen, die am Donnerstag, den 9. Januar 1913, in Wilsdorf's Kongresshaus, Marktstraße 14, stattfindet. In derselben wird die Forderung besprochen werden, daß die Beiträge in vollem Umfang von den Unternehmern zu tragen sind. Alle Bureauangestellten und sonstigen Privatbeamten sind zu derselben eingeladen.

Biblioteksberichterstattung

Auch das abgelaufene Vierteljahr, Oktober bis Dezember 1912, brachte wieder einen Fortschritt in der Benutzung der Bibliothek, aber doch noch nicht in dem Maße, wie es zu wünschen wäre. Günstige Witterung und Arbeitslosigkeit üben auch hier ihren Einfluß aus. Im angegebenen Zeitraum wurden an 18 (14) Sonntags- und 24 (26) Wochentagsausgaben von 4943 (4547) Besuchern zusammen 6684 (6119) Bücher entliehen. Das sind gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres 396 Besucher und 465 Bücherentlehnungen mehr. (Die Zahlen vom Oktober bis Dezember 1911 sind in Klammern beigefügt.) Einen Uebersicht über die Frequenz bietet folgende Tabelle:

Aus den einzelnen Abteilungen wurden entliehen:

* Abteilung	A	B	C	D	E	F	G	H	I	Sa.
Oktober	92	145	167	38	895	422	43	236	28	2081
November	88	149	199	49	943	478	44	248	30	2210
Dezember	89	148	218	57	958	454	46	304	24	2293

1912 269 442 604 144 3791 1248 138 786 67 6884
1911 239 427 633 117 2729 1107 126 657 83 6119
* A: Belletristik; B: Rechtswissenschaften; C: Wissenschaft, Biographie, Biographie; D: Naturwissenschaften; E: Geschichte; F: Religion; G: Philosophie; H: Kunst; I: Medizin, Naturgeschichte.

Wir haben die Ziffern von 1911 zum Vergleich mit hinzugefügt, um das stetige Wachstum besser zeigen zu können. Von den Entlehnungen entfallen auf Ausgabestelle Nord 2841 Besucher und 2954 Entlehnungen, auf Ausgabestelle Süd 2512 Besucher und 3381 Entlehnungen und auf die Ausgabestelle Ammendorf 90 Besucher und 164 Entlehnungen. Der Rest von 85 Besuchern verteilt sich auf die Wandelagerbibliothek.

In Geschenken wurden der Bibliothek 32 Bände überwiesen. Von den Geschenken Schmidt und Janke je 6 Bände, Zuckersky 4 Bände, Wendenburg und Walter je 3 Bände, Wüster und Sieckel je 2 Bände, Böhm, Buzemann, Hoffmann, Osterburg, Richter und A. O. je 1 Band. Den Geschenken fehlt die besten Geband.

Nach durch neuangekommene Werte in die Bibliothek ist dieselbe in der Lage, den Lesern noch besser dienen zu können als bisher. Die Verrottung tritt um noch eifriger Benutzung. Die Bibliothek allen Mitgliedern der Partei und der angeschlossenen Gewerkschaften unentgeltlich zur Verfügung. Beim ersten Besuch ist kein Mitgliedsbuch mitzubringen.

Referate- und Landbesuch-Notizen schon im Februar.

Einer Korrespondenz zufolge erfolgt die Einberufung des Bauarbeitenausschusses zu Meetings in geschlossenen Referatensformationen in diesem Jahre sehr früh. Während die Referatens-Regimenter und Abteilungen sonst gewöhnlich erst in den Monaten Juli bis September auf den Kruppenübungsplätzen aufgestellt werden, geschieht dies nach der Korrespondenz bereits zum Teil im Februar und im März. Aus Grund dafür wird angegeben, die Verlegung dieser Kruppenübungsplätze mit Neubildungen der Heeresorganisation 1912, die erst zum nächsten 1. Oktober oder noch später festliegen an ihren fünfzigsten Standorten bekommen werden.

Die Erhaltung der Ausgabestelle an neue städtische Bäume hat schon oft in der Stadterordnetenversammlung zu umständlichen und oft sehr heftigen Debatten geführt. Auf Antrag unseres Genossen Emmert wurde nun vor einiger Zeit beschlossen, die Frage der Verlegung der Ausgabestelle grundsätzlich zu regeln. Jetzt liegt eine solche Vorlage vor, die in der heutigen Stadterordnetenversammlung zur Beratung kommen soll.

Der Finanzausschuss empfiehlt darin die Erhaltung von Umzugsstellen an Beamte, die in den Gemeindeverwaltungsämtern der Stadt Halle a. S. zu beurlauben herufen werden, nach folgenden Grundbegriffen generell zu regeln:

1. Die Erhaltung erfolgt lediglich in derjenigen Höhe, in der die Kosten tatsächlich und in angemessener Weise aufgewandt worden sind, höchstens jedoch bis zu demjenigen Gesamt-betrage, welcher nach dem entsprechend anzuwendenden staatlichen Vorschriften zu erheben ist.
2. Die Beschaffung der Umzugsstellen hat an die Stadt-gemeinde zu erfolgen, wenn der Beamte der Urlaub von drei Jahren seit dem Dienstantritt in Halle a. S. freiwillig aus dem Dienste der Stadtgemeinde Halle a. S. scheidet.
3. Eine Erhaltung von Umzugsstellen erfolgt nicht, wenn der Beamte vor seiner Verurlaufung in den Gemeindeverwaltungsämtern der Stadt Halle a. S. eine etatsmäßige Stellung als Beamter

